

20.01.2023

## Kleine Anfrage 1115

der Abgeordneten Enxhi Seli-Zacharias AfD

### **Ampel macht Migrationspolitik gegen die Mehrheit der Bevölkerung. Die NRW-Landesregierung folgt bereitwillig?**

„Die Deutschen haben genug von der Migrationspolitik der Ampel.“ So heißt es bei der BILD als Reaktion auf neue Umfrage-Daten, die das Meinungsforschungsinstitut INSA für BILD ermittelt hat. Der ungebremste starke Zustrom von Menschen aus anderen Ländern nach Deutschland wird danach von der großen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt.<sup>1</sup>

Damit zeigt sich indirekt auch, dass die bei der Bundesinnenministerin sowie bei der Landesregierung<sup>2</sup> ungehört verhallenden Forderungen der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) nach Ansicht einer Mehrheit der Bevölkerung den richtigen Weg weisen würden. Am 30. September 2022 wurde ein ausführliches DPolG-Strategiepapier vorgelegt.<sup>3</sup> Darin ging es insbesondere um eine sofortige Notifizierung der Grenzen, um die Einführung stationärer Grenzkontrollen, um die Bündelung der Kräfte von Bundespolizei, BAMF, THW und BALM an den Grenzübergängen sowie um die Einrichtung und Inbetriebnahme von Gewahrsamszentren zur Sicherung aufenthaltsbeendender Maßnahmen. Bedauerlicherweise verfolgen Bundes- und Landesregierung eine komplett entgegengesetzte migrationspolitische Agenda.

Auch der permanente Versuch einer einseitigen Schuldzuweisung – quasi als Alibi – in Richtung Moskau zur Ablenkung von den Folgen der bedingungslosen Hinnahme einer ungesteuerten Sekundärmigration von Griechenland und Italien nach Deutschland verfängt offensichtlich bei der Bevölkerung immer weniger. Zu eklatant ist der erneute bzw. seit 2015 anhaltende Kontrollverlust an der deutschen EU-Binnengrenze, insbesondere zu Tschechien und Österreich, sowie neuerdings vermehrt zur Schweiz.

Die INSA-Umfrage für die Bild hat folgendes ergeben:

68,3 Prozent der Befragten gaben an, dass die aktuelle Entwicklung der Flüchtlingszahlen ihnen Sorgen bereitet.

Unter den Anhängern aller Parteien – mit Ausnahme der Grünen – gab mehr als die Hälfte der Befragten an, dass sie aufgrund der Flüchtlingszahlen besorgt sind.

---

<sup>1</sup> Vgl. <https://www.bild.de/politik/inland/politik-ausland/umfrage-de-bake-l-fuer-die-ampel-mehrheit-der-deutschen-gegen-migration-82301688.bild.html>

<sup>2</sup> Vgl. Lt.-Drucksache 18/1371

<sup>3</sup> Vgl. <https://www.dpolg-bundespolizei.de/aktuelles/news/wir-stecken-mittendrin-in-der-naechsten-fluechtlings-krise/>

48,4 Prozent der Befragten erklärten, dass die aktuell einreisenden Migranten Deutschland eher zum Schlechteren als zum Besseren verändern werden.

46 Prozent der Deutschen betrachten die Einwanderung aus muslimischen Ländern kritisch.

Selbst 50,5 Prozent der Unions-Unterstützer teilten mit, dass sie den Zuzug von Migranten aus islamischen Ländern schlecht finden.

Die Jüdische Rundschau führte in einem aktuellen Artikel weitere Gründe für den Stimmungsumschwung innerhalb der Bevölkerung an.<sup>4</sup> Dazu zählt u.a. ein Anstieg des Anteils von Migranten an den Hartz-IV-Beziehern seit 2016 von 25 auf 45 Prozent. Weiter heißt es: „Erst in diesem Sommer kamen 588.000 Ukrainer neu dazu, die dank des ihnen gewährten Instant-Asyl – warum der Flüchtlingsstatus laut UNHCR nicht reichte, wurde nie erörtert – sofort Anspruch auf normale Sozialleistungen haben. Aber die „Grundlast“ befindet sich seit den Jahren 2015 und 2016 im System. Zwei Drittel der Syrer leben noch immer von Hartz IV. Etwa jeder zehnte Arbeitslose ist Syrer.“

Zur Vermischung von Fachkräftezuwanderung und Asyl heißt es: „Da aber Deutschland nicht in der Lage scheint, ausgebildete Fachkräfte in der genannten Zahl entweder anzuziehen oder im Land zu halten, wird regelmäßig auch die illegale Zuwanderung – die über das Zauberwort „Asyl“ funktioniert – ins Spiel gebracht, um an dieser Stelle auszubessern. In Wahrheit ist es aber eine Verschlimmbesserung.“

Selbst aus den Reihen der Grünen kommen in Person des Tübinger Bürgermeisters Boris Palmer in einer ZDF-Talkshow mahnende Aussagen. Nur etwa ein Viertel aller Flüchtlinge von 2015 hätten in Tübingen einen sozialversicherungspflichtigen Job.<sup>5</sup>

Anfang Dezember widmete sich auch das Wall Street Journal der deutschen Migrationspolitik.<sup>6</sup> So stellte man die berechtigte Frage, warum Deutschland trotz der hohen Anzahl zugewanderter Personen so viele Arbeitskräfte fehlten. Die meisten Asylbewerber seien nach Ansicht des Wall Street Journals für den Arbeitsmarkt völlig ungeeignet und würden eher zu den Leistungsempfängern gehören. Zudem habe die Bundesregierung keinen Plan, wie sie das migrationspolitische Staatsversagen stoppen könne. Die aktuelle Mischung von „Einwanderern“ können die Fachkräftelücke – mangels Qualifikation – nicht decken. Unter den Migranten seien kaum Menschen mit ausreichender Ausbildung oder Arbeitserfahrung. „Viele Geflüchtete sind für den deutschen Hochqualifizierten-Arbeitsmarkt schlecht geeignet.“ Deutschland sei zudem „nicht gut darin, sie auszubilden“.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie positioniert sich die Landesregierung zum oben zitierten Strategiepapier der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)?

---

<sup>4</sup> Vgl. <https://juedische-rundschau.de/article/2022-12-anteil-von-migranten-an-den-hartz-iv-beziehern-steigt.html>?

<sup>5</sup> Vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=xVSTPwyHbDs>

<sup>6</sup> Vgl. <https://www.wsj.com/articles/germany-is-short-of-workers-but-its-migrants-are-struggling-to-find-jobs-11670844930> und <https://jungefreiheit.de/politik/2022/wall-street-journal-migration-brd/>?

2. Inwiefern sieht die Landesregierung ein Problem im Vorschieben der Ukraine-Flüchtlinge als Alibi, um von der weiterhin hingenommenen Sekundärmigration aus den EU-Ersteinreiseländern Griechenland und Italien nach Deutschland abzulenken?
3. Was sagt nach Ansicht der Landesregierung der überproportional hohe Anteil syrischer Hartz-4-Empfänger über den Erfolg der Integrationspolitik bei diesen Menschen aus?
4. Inwiefern gehört es zur politischen Agenda der Landesregierung die mangelnde Attraktivität Deutschlands für ausländische Fachkräfte durch ein Ausschöpfen anerkannter, aber auch abgelehnter und ausreisepflichtiger Asylbewerber auszugleichen?
5. Inwiefern gedenkt die Landesregierung den Stimmungsumschwung in der Bevölkerung bei ihrer politischen Agenda zu berücksichtigen?

Enxhi Seli-Zacharias